

DOI: 10.5771/0342-300X-2021-6-489



MARTIN KRONAUER
KRITIK DER AUSEINANDER-
DRIFTENDEN GESELLSCHAFT

Campus Verlag
 Frankfurt a. M. 2020

ISBN 9783593513003
 257 Seiten, 32,95 €

© WSI Mitteilungen 2021
 Diese Datei und ihr Inhalt sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Verwertung
 (gewerbliche Vervielfältigung, Aufnahme in elektronische Datenbanken, Veröffentlichung
 online oder offline) sind nicht gestattet.

BESPROCHEN VON

Richard Detje ist Soziologe,
 Mitarbeiter von WISSENTANSFER
 und Mitglied im Vorstand
 der Rosa Luxemburg Stiftung.

Ist das nun das Ende des Neoliberalismus? Ist ein über vier Jahrzehnte herrschender sozialer Block, der immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Marktsteuerung unterworfen und die Transformation vom Wohlfahrts- zum Wettbewerbsstaat vorangetrieben hat, letztlich an den Folgen einer Pandemie gescheitert? Man kann das so sehen. Nicht die Anstachelung wirtschaftlicher Konkurrenzverhältnisse, sondern starke gesellschaftliche Institutionen – von den Gesundheits- und Arbeitsämtern bis zu Kliniken und Bildungseinrichtungen – haben sich im Kampf gegen ein tödliches Virus als überlebenswichtig erwiesen. Den Zahlen des Robert Koch Instituts, nicht den Börsennachrichten vor der „Tageschau“, gilt das Interesse. In den Wochen und Monaten, in denen das Corona-Virus am heftigsten wütete, zeigte sich, dass der Kapitalismus auf sozialen und institutionellen Voraussetzungen basiert, die er selbst nicht schafft, sondern die ihm abgerungen werden müssen. Eine der entscheidenden Fragen lautet nun: „Schärfen die in Deutschland aus der Not geborenen Maßnahmen der Regierung, die Aufhebung der ‚Schuldenbremse‘, die Ad-hoc-Investitionen in das Gesundheitswesen, die Eingriffe in die Ökonomie, [...] das Verbot der Kündigungen von Mietern, die ihre Miete nicht mehr aufbringen können, die Aufhebung der Meldepflicht von Beziehern des Arbeitslosengelds, die Zusage von finanzieller Unterstützung in aktuellen Notlagen, das Bewusstsein unter den Leuten, dass eine andere Gesellschaft möglich ist [...]?“ (S. 212f.) Martin Kronauer fragt damit nach jenen kollektiven Lernprozessen, die neben den ökonomischen und politischen Machtverhältnissen für die Konturen der Nach-Corona-Zeit ausschlaggebend sein werden. In diesen Lernprozessen müssen die Erfahrungen aus den neoliberalen Regimen verarbeitet werden. Mit der „Kritik der auseinanderdriftenden Gesellschaft“ hat Kronauer ein Buch vorgelegt, das dies bereits in einem hohen Maße leistet.

Die Ausgangsfrage könnte lauten: Was hat den Siegeszug des Neoliberalismus ermöglicht und progressive Kräfte von gesellschaftlicher Mehrheitsfähigkeit ferngehalten, sofern sie nicht – wie die „neue“ Sozialdemokratie unter Clinton, Blair und Schröder – ins gegnerische Lager überliefen? Ein Teil der Antwort lautet: Teile der Linken hegen ein hartnäckiges Misstrauen gegenüber Eigeninitiative und Selbstermächtigung, setzen diese fatalerweise mit einem konkurrenzgetriebenen Individualismus gleich und überlassen damit der Rechten das politische Terrain. „Der Siegeszug des Neoliberalismus [...] war mit dem Versprechen verbunden, den Individuen die Verantwortung über ihr eigenes Leben zurückzugeben.“ (S. 195) Die „Leistung“ der Apologeten des Marktes bestand in den langen Jahren der Vorbereitung und des Ausbaus neoliberaler Hegemonie darin, die Individualisierungsversprechen von ihren sozialen Voraussetzungen zu lösen – soziale Autonomie, „Schutz vor Marktabhängigkeit“, „substantielle Demokratie“ –, indem diese mit staatlicher Bürokratie, Bevormundung, wirtschaftlicher Ineffektivität und Enteignung

der „kleinen Sparer“ in Zeiten einer Doppelkrise von Stagnation und Inflation gleichgesetzt wurden. Der entscheidende Gewinn, den die Marktfanatiker einfuhren, war die Umkodierung der Idee eines selbstbestimmten Lebens auf marktkonformes Verhalten und damit komplementär die weitgehende Destruktion einer im Grunde linken Erzählung, wonach „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Marx). „Es ist deshalb an der Zeit für die Linke, die Begriffe Freiheit, Selbstverantwortung, Selbstbestimmung zurück zu erobieren, aber nicht wie die Schröders und Blairs durch Anpassung an die herrschende Doktrin, sondern als *Verfechter selbstbestimmten Lebens*.“ (S. 203)

Woher die Scheu, nachgerade die linke „Angst vor dem Individuum“? Ein Kapitel in Kronauers Buch hat den Titel: „Warum und wie die Linke für soziale Gerechtigkeit streiten muss“. Das liest sich auf den ersten Blick befremdlich: Tut sie das nicht immerzu? Nein, lautet die zugespitzte Antwort. Nicht im arbeitsweltlichen Kontext. Da ist „Leistungsgerechtigkeit“ ein zentraler Topos, an den sich die Linke nur schwer herantraut – sofern sie überhaupt ein Sensorium dafür hat. Das immer schnellere Drehen an der Leistungsschraube kennzeichnet den Gegenwartskapitalismus – und wird doch zugleich de-thematisiert. Auch vonseiten der Gewerkschaften, seitdem sie nicht mehr so recht wissen, wie Leistungsbegrenzung organisiert werden kann. Mit Managements, die sich weitergehende Eingriffe in die Arbeitsorganisation verbitten, und gegenüber Beschäftigten, die sich auch von ihrer Interessenvertretung nicht vorschreiben lassen wollen, wie sie ihre Arbeit zu verrichten haben. In einer Arbeitsgesellschaft das Thema „Leistungsgerechtigkeit“ vonseiten eines progressiven Lagers nicht beantwortet zu bekommen, heißt letztlich, dem bürgerlichen Lager in erheblichem Umfang Deutungshoheit zu überlassen.

Es wäre voluntaristisch, der Linken nur selbstverschuldete Probleme anzukreiden. Mit dem Stichwort „Strukturwandel“ sind sozioökonomische Veränderungen seit dem „Ende des Booms“ (Raphael) angesprochen, die Kronauer in mehrfacher Hinsicht beleuchtet. Dazu gehört die Marginalisierung und Zerklüftung der Sektoren der Lohnarbeit, mit der er sich im Anschluss an Castel in mehreren Beiträgen auseinandersetzt. Kritisch gegen Nachtwey gewendet formuliert er: „Von einer ‚Abstiegs-gesellschaft‘ [...] kann im Ernst auch bezüglich der Mittelklassen nicht die Rede sein, wohl aber von einer auseinanderdriftenden Gesellschaft.“ (S. 56) Das wendet sich scharf aber auch gegen jene, deren Analyse sich in der Erosion einer „Mittelklasse“ erschöpft („der (Un-)Begriff der ‚Mitte‘ ist irreführend“, S. 55). Das Zonenmodell von Robert Castel bietet mehr Systematisierungs- und Erklärungsansätze, lässt sich daran doch nachvollziehen, dass soziale Verunsicherung und Ängste sich längst bis in die Stammebelegschaften hineingefressen haben, während die Exklusion des entkoppelten gesellschaftlichen Unten fortschreitet. Völlig zu Recht hebt Kronauer in diesem Kon-

text eine Leerstelle des Castel'schen Modells hervor: Die „Elite“ – die herrschende Klasse – bleibt ausgespart. Eine Klasse, die sich auch in Deutschland in zunehmend abgeschotteten Selbstrekrutierungsprozessen reproduziert und dafür in einer Republik ohne korrigierende Vermögen- und Erbschaftsteuer die reichumsförderlichen Bedingungen findet.

Die Arbeit an einem neuen Gesellschaftsvertrag steht auf der Tagesordnung. Dass dieser nicht mehr systemimmanent im Gegenwartskapitalismus verbleiben kann, aber von dort seinen Ausgangspunkt nehmen muss, weist Kronauer überzeugend nach. Dass es „heute, in einem Kapitalismus, der immer stärker Eigeninitiative einfordert und zugleich Selbstbestimmung verhindert, entscheidend darauf ankommt, die emanzipatorische Forderung nach einem selbstbestimmten Leben in einer Kritik der kapitalistischen Verhältnisse zur Geltung zu bringen“ (S. 24), sollte das progressive Lager am Ende des Regimes Merkel auf seine Fahnen schreiben. In einer „auseinanderdriftenden Gesellschaft“ hat ein neuer Gesellschaftsvertrag an der Erwerbsarbeit anzusetzen. Zentrale Vertragselemente wären hier u. a. „eine öffentliche Beschäftigungsgarantie zu (kräftig angehobenen, R. D.) Mindestlöhnen“, auf freiwilliger Grundlage, nicht als Arbeitszwang; eine finanzielle Haftung von Unternehmensspitzen und Aktionären für zu verantwortende wirtschaftliche, ökologische und soziale Schäden; „die Anerkennung der abhängig Beschäftigten auch als Wirtschaftsbürgerinnen und Wirtschaftsbürger mit demokratischer Kontrolle über Kapitalmacht“ (S. 160f.). Soziale Gerechtigkeit als Bürgerstatus „muss den Schutz der Menschen vor Marktabhängigkeit über den Lebenslauf und biografische Brüche hinweg gewährleisten“ (S. 161) auf verschiedenen Feldern der Daseinsvorsorge: Gesundheit, Wohnen, Bildung, Alterssicherung bis hin zu neuen CO₂-freien Mobilitätsangeboten. Dies realisieren zu können erfordert, die Hebel in den Verteilungsverhältnissen umzulegen durch Reformen der Einkommen-, Kapital- und Erbschaftsteuer, die den Skandal massenhafter Armut und den Gegensatz von öffentlicher Bedürftigkeit und privatem Reichtum aus der Welt schafft. „Inklusion“ wird damit zu einem strategischen Schlüsselbegriff eines neuen Gesellschaftsvertrages. „Inklusion, ernst genommen, muss als Kritik ausgrenzender Verhältnisse über den Kapitalismus hinausgehen. Denn eine Politik gegen Exklusion müsste dort ansetzen, wo Ausgrenzungsprozesse in Gang gesetzt und in Gang gehalten werden – an den Finanzmärkten, den Unternehmenszentralen, den Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen, den sozialstaatlichen Regelungen, den Geschlechterverhältnissen [...]. Es wäre somit ein Versuch, der Herrschaftssicherung durch Segmentierung und Konkurrenz der abhängig Beschäftigten entgegenzuwirken und zugleich Individualität und demokratische Formen des Zusammenlebens zu stärken.“ (S. 135)

Der Verzicht auf ein derartiges Projekt hat bereits in der Vergangenheit zu tiefen politischen Verwerfungen ge-

führt, denen Kronauer in dem Kapitel „Rechtstendenzen in der Arbeiterschaft und die Notwendigkeit der sozialen Transformation“ auf den Grund geht. Dabei nimmt er Bezug auf zentrale Kontroll-, Perspektiv- und Traditionsverlustenerfahrungen von Teilen der Lohnarbeitsgesellschaft, die der AfD eine feste Wähler*innenschaft mit starker parlamentarischer Vertretung auch ohne aktuelle Aufgerthemen verschaffen. Gelänge es der radikalen, populistischen und im „Flügel“ der AfD neofaschistischen Rechten, sich auf eine rassistisch konnotierte, nationalistisch ausgrenzende Wohlfahrtsstaatspolitik („Sozialstaat ja – aber nur für Deutsche“) zu verständigen, könnte sie ihren Einflussbereich wie in skandinavischen Ländern deutlich erweitern. Ein schneller Umschlag von Wahlerfolgen in politische Machtgewinne wäre wohl die Folge.

Wer dem entgegenarbeiten will, findet in Kronauers Buch wichtige Argumente und Anregungen. Im „Nachtrag in Zeiten der Corona-Pandemie“ lässt Kronauer die Antwort auf die Frage offen, ob in der Krise auch ein Gelegenheitsfenster für Progress geöffnet wurde. Zu Recht. Der Applaus während der ersten Coronawelle im Frühjahr 2020 für jene, die seit Jahrzehnten im Schatten der Arbeitsgesellschaft stehen, hat sich als flüchtig und wenig nachhaltig erwiesen. Und doch verändert die Pandemie den Blick auf das gesellschaftliche Leben. Waren es in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008ff. maßgeblich Banken und Finanzmarktakteure, die als „systemrelevant“ galten, sind es nun jene Berufe, von denen die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Reproduktion abhängt. Was sie zugleich kennzeichnet, ist der Mangel an Machtressourcen – an Organisationsmacht und institutionellen Stützen. Doch das lässt sich ändern, wie die Tarifbewegungen im Öffentlichen Dienst 2020 ebenso wie die Streiks in den Kliniken in Berlin 2021 eindrucksvoll unterstrichen haben. Doch nicht nur dort: Auch in der Tarifbewegung des Handels 2021 ist das Aktivitäts- und Mobilisierungsniveau gestiegen. Soziale und demokratische Geländegewinne lassen sich erkämpfen. Anders formuliert: Hinter der Forderung nach einem neuen Gesellschaftsvertrag kann sich eine breite soziale Bewegung zusammenfinden, die kollektive Aktion für sozial-ökologische Transformation mit individuellen Emanzipationsansprüchen koppelt. Die „Kritik der auseinanderdriftenden Gesellschaft“ von Martin Kronauer kann als Wegweiser für die Zeit nach dem Ende der „Ära Merkel“ gelesen werden. ■